

AGEZ-Pressaussendung

Ttl.: WTO-Ministerkonferenz in Cancún – eine Entwicklungsrunde?

Utl: Entwicklungspolitische NGOs fordern die Ausrichtung der Verhandlungen an den Bedürfnissen der Entwicklungsländer

Wien, 3. September 2003 – Anlässlich der bevorstehenden fünften WTO-Ministerkonferenz im mexikanischen Badeort Cancún fordern die in der AGEZ zusammengeschlossenen entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen eine konsequente Ausrichtung der Verhandlungen an den Bedürfnissen der armen Länder. In der derzeitigen Welthandelsrunde stehen von Eigeninteresse geleitete Forderungen der Industrieländer und die Verhandlungsschwäche der Entwicklungsländer einer wirklichen Entwicklungsförderung entgegen. Die in Doha 2001 eingeleitete Liberalisierungsrunde sollte vor allem in den Entwicklungsländern zu mehr Wohlstand führen, doch ist wenig Bereitschaft der Industrieländer erkennbar, der Rhetorik einer Entwicklungsrunde auch substanzielle Zugeständnisse folgen zu lassen..

Judith Zimmermann von der KOO, Vertreterin der katholischen entwicklungspolitischen Organisationen, hat ein klares Ziel vor Augen: Die WTO muss im Sinne der menschlichen Entwicklung arbeiten, gerade auch im Bereich der Liberalisierung von Dienstleistungen - **GATS**. Der GATS-Ansatz „Wie kann ich den Konzernen neue Absatzmärkte im Süden und neue Profitsektoren erschließen, muss aus entwicklungspolitischer Sicht heißen: Wie können alle Menschen mit essentiellen Dienstleistungen wie Trinkwasser, Gesundheit und Bildung versorgt werden? Das Ziel dahinter wäre Beseitigung der Armut und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ohne Raubbau an sozialen und ökologischen Ressourcen. Zimmermann fordert daher eine umfassende Überprüfung der Auswirkungen der Liberalisierung der Dienstleistungen auf die Menschen im Süden.

"Das **TRIPS**-Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums wurde von Konzernen nach ihren Bedürfnissen formuliert und daher auch geistiges Eigentum anderer als industrieller Art nicht berücksichtigt. Es ist ein Abkommen, das den Diebstahl an geistigem Eigentum von armen indigenen und lokalen Gemeinschaften fördert und umgehend abgeändert gehört", fordert Eva Lachkovics von WIDE. Auch das Problem der öffentlichen Gesundheitsversorgung in Entwicklungsländern im Zusammenhang mit dem TRIPS-Übereinkommen kam seit Doha keiner Lösung näher. Das aktuelle Übereinkommen beschneidet vielen Menschen in armen Ländern den Zugang zu essentiellen Medikamenten einschließlich zur Bekämpfung von AIDS, Malaria und Tuberkulose. Der am 30.8.03 erreichte „Durchbruch“ in diesem Zusammenhang wird von NGO-Seite sehr kritisch gesehen, da die für die armen Länder nötigen Zwangslizenzierungen und Importe von Generika mit so vielen Hürden, Auflagen und Bedingungen verbunden sind, dass die betroffenen Menschen kaum auf Verbesserung ihrer Situation hoffen können.

Knackpunkt in Cancún wird die weitere Verhandlung über das Abkommen über die **Landwirtschaft** sein. Gegenwärtig ist absehbar, dass Entwicklungsländer, in denen der überwiegende Teil der Bevölkerung ihre Lebensgrundlagen aus der Landwirtschaft bezieht, ihre Interessen gegenüber den Industrieländern nur in sehr beschränktem Ausmaß werden durchsetzen können. „Landwirtschaftliche Produktion und Agrarhandel bedürfen einer grundlegenden Reform, die sich an einer gesicherten Versorgung mit nicht gesundheitsschädlichen, ökologisch produzierten Nahrungsmitteln orientiert und deren Produktion menschenrechtlichen Mindeststandards einhält“, fordert Gertrude Klaffenböck von FIAN. Seit Bestehen der WTO hat das Agrarabkommen wenig bis gar nichts an der Praxis von Agrardumping und Billigstexporten geändert, welche weltweit Kleinbauern und Kleinbäuerinnen ihrer existentiellen Grundlagen beraubt. „Der Weltagrarhandel wie er in der gegenwärtigen Form organisiert ist, erkennt das Menschenrecht sich zu ernähren nicht an und trägt wenig zur Armutsbekämpfung weltweit bei“, so Klaffenböck.

Viele Entwicklungsländer fordern die Abschaffung der Subventionen für landwirtschaftliche Produkte der Industrieländer. Zum Vergleich: während die OECD-Staaten für landwirtschaftliche Subventionen im Jahr 2001 311 Milliarden Dollar ausgaben, wendeten sie für Entwicklungshilfe nur 52 Dollar auf.

Vor allem die EU und Japan drängen darauf, die so genannten New Issues - Wettbewerb, Transparenz in der öffentlichen Beschaffung, Handelserleichterung und **Investitionen** - noch in die Verhandlungsrunde aufzunehmen. „Die geplanten Abkommen dienen dazu, die Macht der transnationalen Konzerne sprunghaft auszuweiten. Am weit reichendsten sind die Auswirkungen im Bereich der Investitionen: Der vorliegende Entwurf stellt ein schlagkräftiges Instrument zum Schutz von Investorenrechten dar, lässt aber die Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung völlig außer Acht, kritisiert Brita Neuhold von WIDE.

Die AGEZ ist der Dachverband von 29 entwicklungspolitischen NGOs. Das AGEZ-Positionspapier zur WTO-Ministerkonferenz in Cancún ist unter www.agez.at abrufbar.

Rückfragen richten Sie bitte an:

Mag. Elfriede Schachner, AGEZ-Geschäftsführerin;

Tel: 317 40 16 oder 0699 107 66 216; agez-office@utanet.at,